

Satzung

§ 1

Name, Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen
**Kirche gestalten – Gebäude erhalten:
Förderverein der St. Johannes der Täufer-Kirche in Uetze
und der Michaeliskirche in Katensen e.V.**
- (2) Der Verein ist in das Vereinsregister einzutragen; nach der Eintragung führt er den Zusatz "e. V".
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in Uetze.
- (4) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck

- (1) Zweck des Vereins ist die Unterhaltung der St.-Johannes-der-Täufer-Kirche in Uetze und der Michaeliskirche in Katensen sowie der weiteren Gebäude und der dazugehörigen Grundstücke der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Uetze.
- (2) Der Vereinszweck wird insbesondere, aber nicht abschließend, verwirklicht durch:
 - a. Die Beschaffung von finanziellen und sonstigen geeigneten Mitteln. Dies sind u.a. Mitgliedsbeiträge und Spenden, Zuschüsse und Mittelzuflüsse aus Sponsoringaktivitäten und aufgrund von Veranstaltungen im kirchlichen oder kulturellen Bereich.
 - b. Zuwendungen von projektbezogenen Sachmitteln (z.B. Baumaterialien) oder Dienstleistungen.
 - c. Eine Öffentlichkeitsarbeit, die den Vereinszweck fördert.
 - d. Die Förderung von weiteren Ideen und Initiativen zur Erreichung der Ziele des Vereins.

§ 3

Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Eine anderweitige Mittelverwendung ist ausgeschlossen.
- (3) Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine einzelne Person oder ein Unternehmen, das dieser Person gehört, durch Ausgaben oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Nur konkret nachgewiesene Ausgaben werden erstattet.

§ 4

Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins können werden
 - natürliche Personen nach Vollendung des 18. Lebensjahres,
 - juristische Personen.
- (2) Über den schriftlichen Antrag entscheidet der Vorstand. Der Antrag muss die Daten enthalten, die eine eindeutige Identifikation der Person (des Antragstellers) ermöglichen. Dazu gehören u.a. vollständiger Name, Alter und Anschrift. Bei juristischen Personen ist ein Auszug aus dem Handels- oder Vereinsregister, beizufügen. Körperschaften des öffentlichen Rechts erklären ihre Mitgliedschaft in einer für sie geeigneten Weise.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet
 - mit dem Tod des Mitglieds,
 - durch freiwilligen Austritt,
 - durch Streichung von der Mitgliederliste,
 - durch Ausschluss aus dem Verein,
 - durch Auflösung des Vereins.
- (2) Die Auflösung einer juristischen Person oder Gesellschaft steht dem Tode einer natürlichen Person gleich.
- (3) Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig und muss nicht begründet werden.
- (4) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung seines Beitrages im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens ein Monat verstrichen ist und die Beitragsschulden nicht beglichen sind. Die Streichung und damit das Ende der Mitgliedschaft sind dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.
- (5) Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen schwer verstoßen hat, mit sofortiger Wirkung durch den Vorstand ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer Frist von mindestens zwei Wochen Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich zu rechtfertigen. Eine schriftliche Stellungnahme des Betroffenen ist in der Vorstandssitzung zu verlesen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem betreffenden Mitglied schriftlich bekannt zu machen. Gegen den Ausschlussbeschluss des Vorstands steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Versendung des Ausschlussbeschlusses beim Vorstand schriftlich eingelegt werden. Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung entscheidet endgültig über den Ausschluss.
- (6) Das ausscheidende Mitglied bleibt bis zum Zeitpunkt der Beendigung seiner Mitgliedschaft verpflichtet, die Mitgliedsbeiträge zu bezahlen.
- (7) Die Beendigung der Mitgliedschaft begründet keinen Anspruch auf Erstattung von Beiträgen, Spenden oder sonstigen Einnahmen des Vereins.

§ 6 Beiträge und Spenden

- (1) Die ordentlichen Mitglieder verpflichten sich, Beiträge zu entrichten, deren Höhe sie selbst jeweils für ein Kalenderjahr festlegen. Der Mindestbeitrag beträgt 15 € pro Jahr.
- (2) Die Beitragsleistung beginnt mit dem Eintrittsdatum und ist für jedes Kalenderjahr in vollem Umfang fällig, auch wenn die Mitgliedschaft nur teilweise in dem Kalenderjahr gegeben war.

§ 7 Organe des Vereins

- Organe des Vereins sind
- der Vorstand und
 - die Mitgliederversammlung.

§ 8 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB besteht aus folgenden Personen: dem, bzw. der ersten Vorsitzenden, dem, bzw. der zweiten Vorsitzenden, dem Kassensführer (-in) und dem Schriftführer (-in), sowie einem Beisitzer bzw. einer Beisitzerin. Ein Vorstandsmitglied sollte Mitglied des Kirchenvorstands der Ev.-luth. Kirchengemeinde Uetze sein.
- (2) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des Vorstandes, darunter der oder die erste Vorsitzende oder der, bzw. die zweite Vorsitzende, vertreten.
Im Innenverhältnis ist im Streit-/Widerspruchsfall die Organvertretung des, bzw. der ersten Vorsitzenden maßgebend.
- (3) Rechtsgeschäfte mit einem Geschäftswert über € 2.500 bedürfen der vorherigen Zustimmung des Vorstands. Gleiches gilt für Dauerrechtsgeschäfte, die den Verein über mehr als 3 Monate binden.
- (4) Der Vorstand kann sich im Rahmen dieser Vereinssatzung eine Geschäftsordnung geben. Die Regelungen der Geschäftsordnung müssen sich dabei im Rahmen der Vorgaben durch die Satzung bewegen.
- (5) Die Mitglieder des Vorstands sind ehrenamtlich tätig. Sie haben Anspruch auf Ersatz der ihnen entstandenen Auslagen und Aufwendungen.
- (6) Der Vorstand ist gegenüber dem Verein von der Haftung für einfache Fahrlässigkeit freigestellt.

§ 9 Wahl und Zuständigkeit des Vorstandes

- (1) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt. Der Vorstand bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Wählbar sind nur Vereinsmitglieder. Eine Wiederwahl ist möglich.
- (2) Scheidet ein Vorstand vor Ende der Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.
- (3) Der Vorstand ist für die Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Der Vorstand hat vor allem folgende Aufgaben:
 - a) Geschäftsführung und Leitung des Vereins,
 - b) Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung,
 - c) Einberufung der Mitgliederversammlung,
 - d) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 - e) Verwaltung und Verwendung des Vereinsvermögens und Erstellung eines Jahresberichtes und einer Jahresabrechnung;
 - f) Abschluss und Kündigung von Arbeitsverträgen,
 - g) Beschlussfassung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern sowie Streichung von Mitgliedern von der Mitgliederliste.

§ 10 Beschlussfassung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Einberufungsfrist von sieben Tagen ab Absendung der Einberufung und unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen ist. Der Vorstand ist einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder unter Angabe des Zwecks und der Gründe dies schriftlich verlangen.

- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen der erschienen Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters (der Leiterin) der Vorstandssitzung.
- (3) Die Vorstandssitzung leitet der, bzw. die erste Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der (die) zweite Vorsitzende.
- (4) Die Beschlüsse des Vorstands sind zu Beweis Zwecken in Protokollen niederzulegen und vom Sitzungsleiter (der Sitzungsleiterin) zu unterschreiben. Die Niederschrift enthält mindestens Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis.
- (5) Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder mit dem schriftlichen Verfahren einverstanden sind.
- (6) Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§ 11

Mitgliederversammlung

- (1) Mindestens einmal im Jahr hat eine ordentliche Mitgliederversammlung stattzufinden.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist ausschließlich für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - a) Entgegennahme des Jahresberichtes und der Jahresabrechnung des Vorstandes, Wahl der Vorstandsmitglieder, Entlastung der Vorstandsmitglieder einschließlich des Kassenführers,
 - b) Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit des Jahresmindestbeitrages der Mitglieder,
 - c) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins,
 - d) Beschlussfassung über die Beschwerde gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrages sowie über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstandes.
 - e) Wahl von zwei Kassenprüfern für jeweils 2 Jahre. Deren Wiederwahl ist einmal in Folge möglich. Darüber hinaus ist deren Wiederwahl nach Ablauf von 4 Jahren möglich.
 - f) Wahl eines Ersatzkassenprüfers.
- (3) In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstandes fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereichs die Meinung der Mitgliederversammlung einholen.
- (4) Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn ein Zehntel der Mitglieder dies beim Vorstand schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe beantragt.
- (5) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung des Einladungsschreibens. Das Einladungsschreiben gilt den Mitgliedern als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene Adresse versendet worden ist.

§ 12

Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird vom ersten (der ersten) Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom zweiten (der zweiten) Vorsitzenden und sonst von einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter (-in).
- (2) Der Protokollführer wird vom Versammlungsleiter bestimmt.
- (3) Jedes Mitglied hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme.
- (4) Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der bei der Abstimmung anwesenden Mitglieder dies beantragt. Bei personenbezogenen Abstimmungen wird geheim abgestimmt.

- (5) Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.
- (6) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- (7) Die Mitgliederversammlung fasst im Allgemeinen ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Zur Änderung der Satzung des Vereins ist eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit der Anwesenden erforderlich.
- (8) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es enthält mindestens Feststellungen über Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters und des Protokollführers, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen ist der genaue Wortlaut anzugeben.

§ 13 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit aller Vereinsmitglieder erfolgen. In der schriftlichen Einladung zur Mitgliederversammlung ist auf diesen Punkt besonders hinzuweisen.
- (2) Kann aufgrund der nicht ausreichenden Präsenz kein Auflösungsbeschluss gefasst werden, so ist die Mitgliederversammlung erneut mit einer Frist von zwei Wochen nach der ersten, nicht beschlussfähigen Mitgliederversammlung, schriftlich einzuberufen. Die zweite Mitgliederversammlung ist in jedem Fall mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
- (3) Sofern die Mitgliederversammlung nichts Anderes beschließt, sind der/die Vorsitzende und der/die stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
- (4) Im Falle der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Ev.-luth. Kirchengemeinde Uetze mit der Auflage, es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden, die dem Vereinszweck möglichst nahe kommen. Mitglieder des Vereins erhalten keine Anteile aus dem Vermögen des Vereins.
- (5) Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

Uetze, den